

**Umsetzung Verwaltung fit für die Zukunft
Einführung von aktivitätsbasierten Arbeitsplätzen
Produkt 33111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung
Beschluss über die Einsparungen und Finanzierung ab 2024**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11561
Beschluss des Gesundheitsausschusses vom 26.09.2024 (VB)**

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Die Referate wurden beauftragt dem Stadtrat eine eigene Standortstrategie vorzulegen, wie eine Einsparung der Anzahl der Büroarbeitsplätze um mindestens 15 Prozent erzielt werden kann. Die standortbezogenen Einsparvorschläge der Referate sollen sich dabei an den Vorgaben der stadtweiten Standortstrategie orientieren.
Inhalt	<ul style="list-style-type: none"> • Darstellung der Standortstrategie der Stadtverwaltung • Überblick über die Standortstrategie des Gesundheitsreferats (GSR) • Darlegung der Einsparungen, Kosten und der Finanzierung der Maßnahmen
Gesamtkosten / Gesamterlöse	Durch die Aufgabe von vier Standorten ergeben sich Einsparungen für das GSR.
Klimaprüfung	<p>Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Ja, positiv</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einsparung von Arbeitsplätzen und Bürofläche führt zu einer höheren Home-Office-Quote • Durchschnittlich werden in Deutschland pro zusätzlichem Home-Office-Tag pro Woche aufgrund Reduzierung des Pendelverkehrsaufkommens 0,19 t CO₂-äq pro Jahr und Arbeitnehmer eingespart • Kurzfristige Emissionen durch Umgestaltung der Arbeitsplätze werden langfristig kompensiert

Entscheidungsvorschlag	Das Gesundheitsreferat wird beauftragt, die Maßnahmen zur Umgestaltung der Büros in den Jahren 2024 – 2026 in den Standorten Bayerstraße 28a und Schwanthalerstraße 69 durchzuführen. Die Finanzierung der erforderlichen Mittel erfolgt aus der Einsparung von Mietkosten. Erforderliche finanzielle Mittel werden für das jeweilige Haushaltsjahr über den Büroweg bereitgestellt. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit der SKA.
Gesucht werden kann im RIS auch unter	Desk-Sharing; Verwaltungsstandortstrategie; aktivitätsbasierte Arbeitsplätze
Ortsangabe	München

**Umsetzung Verwaltung fit für die Zukunft
Einführung von aktivitätsbasierten Arbeitsplätzen
Produkt 33111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung
Beschluss über die Einsparungen und Finanzierung ab 2024**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11561

3 Anlagen

Beschluss des Gesundheitsausschusses vom 26.09.2024 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin	2
1. Anlass	2
2. Einleitung	2
3. Zusammenfassung.....	5
4. Stellenbedarf	6
5. Finanzierung und Umsetzung im Haushalt.....	6
6. Klimaprüfung.....	6
7. Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten.....	6
II. Antrag der Referentin	7
III. Beschluss.....	7

I. Vortrag der Referentin

1. Anlass

Mit Beschluss der Vollversammlung am 20.10.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04641) wurden alle Referate beauftragt, eine eigene Standortstrategie anhand der entsprechenden Vorgaben zu erarbeiten. Dabei ist eine Einsparung der Büroarbeitsplätze um 15 % vorzusehen und standortbezogene Einsparvorschläge anzugeben.

2. Einleitung

Die Referate der Landeshauptstadt München (LHM) stehen infolge des Beschlusses zur Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04641 vom 20.10.2021 vor der Herausforderung eine nachhaltige Standortstrategie in räumlicher, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die wachsende Stadtgesellschaft zu entwickeln. Die Standortstrategie der Stadtverwaltung besteht dabei aus folgenden Eckpunkten:

a) Reduzierung der Büroarbeitsplätze

Aufgrund des zu erwartenden Stellenzuwachs sowie der aktuellen Lage auf dem Münchner Immobilienmarkt hat sich die LHM das Ziel gesetzt die bestehenden Büroarbeitsflächen der Referate der LHM künftig um 15 % zu reduzieren. Durch Nachverdichtungen sollen Büro-, Lager- und Registraturflächen effizienter genutzt, sowie freiwerdende Raumkapazitäten eingespart und aufgegeben werden. An geeigneter Stelle soll die Belegung durch Desk Sharing erfolgen. Eine Ausweitung der Standorte soll nicht mehr ohne Weiteres erfolgen. Infolge dieser Maßnahmen sollen Mietkosten beziehungsweise Kosten in stadteigenen Immobilien langfristig reduziert werden. Ein Teil der eingesparten Summe wird den Referaten jeweils als sogenannte Managementleistung zur Verfügung gestellt.

b) Arbeitsplatzstrategie

Laut der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15182 vom 24.07.2019 soll stadtweit ein neues, modernes Büroraumkonzept eingeführt werden. Die sogenannten „aktivitätsbasierten Multispaces“ zeichnen sich durch ein differenziertes Nutzungsangebot an Räumen (Einzelbüros, Büroeinheiten, Projekträumen, Rückzugsräumen, usw.) aus, wobei den Mitarbeitenden keine festen Arbeitsplätze mehr zugeteilt werden. Grundprinzip des aktivitätsbasierten Multispace ist, dass die Arbeitsplätze und Büroräume an die Tätigkeiten der Mitarbeitenden angepasst werden. Infolge des Konzepts lassen sich aufgrund zeitweiser Abwesenheiten einzelner Mitarbeitenden wegen Urlaub, Teilzeit, Krankheit oder Homeoffice, je nach Ausgestaltung 10 – 30 % an Arbeitsplätzen einsparen. Neben der Wirtschaftlichkeit sollen mit dem neuen Arbeitsplatzkonzept auch die Ziele Förderung der Arbeitgeberattraktivität und der Stärkung der Zusammenarbeit und Förderung persönlicher Kommunikation erreicht werden. Durch die Anpassung des Arbeitsplatzes an die Tätigkeit lassen sich auch positive gesundheitliche Aspekte erzielen, bspw. kann man sich in sogenannten Fokusräumen auf eine Tätigkeit ohne Störung konzentrieren, was nachweislich zu einer Verringerung der psychischen Belastung führt.

c) Homeoffice-Strategie

Nach der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 05481 vom 18.05.2022 ist grundlegendes Ziel Homeoffice / mobiles Arbeiten als gleichberechtigte Möglichkeit zur Einbringung der Arbeitszeit fest zu etablieren und weiterzuentwickeln. Homeoffice soll als Angebot beibehalten werden und kann unter den Voraussetzungen der jeweiligen Tätigkeit freiwillig von den Mitarbeitenden angenommen werden. Eine Verpflichtung oder ein Anspruch zum Homeoffice besteht damit nicht. Dazu wurde die Dienstvereinbarung über mobiles Arbeiten/ Homeoffice (DV MoHo) zum

01.11.2023 durch die Dienstvereinbarung über mobiles Arbeiten (DV MobiA) abgelöst und die bisherigen Rahmenbedingungen von mobiler Arbeit weiterentwickelt.

d) Digitalisierungsstrategie

Im Zuge der Ausweitung von Homeoffice sollen die technischen Voraussetzungen für die Etablierung von dauerhaftem mobilem und hybridem Arbeiten optimiert werden (Sitzungsvorlage 20-26 / V 05759 vom 26.07.2023). Die Optimierungen umfassen in Bezug auf Homeoffice eine verbesserte Ausstattung mit Headsets, Tastaturen, Monitoren, Smartphones, etc. Um hybrides Arbeiten zu ermöglichen, bedarf es zudem einer Bereitstellung von Videokonferenzsystemen und einer verbesserten Hardwareausstattung in Besprechungsräumen für das digitale Zusammenarbeiten. Weitere Digitalisierungsprojekte umfassen unter anderem die Einführung von Voice over IP, von DMS und der eAkte, die Einführung eines Arbeitsplatz-/ und Raumbuchungssystems, sowie die digitale Personalakte.

Übertragen auf die Anforderungen des Gesundheitsreferats (GSR) lassen sich die oben genannten Vorgaben des Stadtratsbeschlusses in folgender Standortstrategie des GSR umsetzen (siehe Stellungnahme des GSR vom 20.09.2021 zur Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04641 des Kommunalreferats):

a) Reduzierung der Büroarbeitsplätze

Für die Zahl der zu reduzierenden Büroarbeitsplätze wird berücksichtigt, dass dem GSR nach dem sogenannten Pakt zum öffentlichen Gesundheitsdienst Fördermittel zur Verfügung stehen, die zur Erweiterung des Personals des GSR genutzt werden sollen. Bis 2026 ist daher mit 85 VZÄ mehr (erfahrungsgemäß rund 110 Mitarbeitenden) zu rechnen. Ziel ist es den zusätzlichen Arbeitsplatzbedarf bis 2026 in die bestehenden Standorte zu integrieren, gleichzeitig einige Nebenstandorte des GSR aufzulösen, die bestehenden Büroflächen optimal zu nutzen und damit mindestens 15 % der Büroflächen einzusparen. Folgende Nebenstandorte sollen zum jeweiligen Ende der Mietdauer aufgelöst werden:

- Angererstraße (Mietdauer bis 30.09.2025)
- Implersstraße (Mietdauer bis 25.10.2025)
- Landsbergerstraße (bereits gekündigt zum 31.10.2024)
- Marsstraße (Auszug zum 30.11.2023; nach Auszug GSR Weiternutzung durch das Sozialreferat als Young Refugee Center)

Damit entfallen bis 2025 54 Ist-Arbeitsplätze im GSR dauerhaft, was Einsparungen von Miet- und Mietnebenkosten mit sich bringt.

Das Sozialreferat hat im September 2023 das GSR gebeten, den Standort Marsstraße schnellstmöglich zu räumen, da die Flächen für die Unterbringung von Flüchtlingen gebraucht werden. Das GSR ist der Bitte nachgekommen und hat den Standort Marsstraße Mitte November 2023 geräumt. Die Mitarbeitenden des GSR wurden in die bestehenden Standorte des GSR integriert. Das GSR hatte in der Marsstraße das 5. und 6. Stockwerk genutzt.

Von der Betrachtung ausgenommen sind die Beratungs-, Behandlungs- und Untersuchungsräume des GSR, da diese keine Büroarbeitsplätze darstellen. Eine Kürzung um 15 % ist hier nicht möglich, aber eine optimale Auslastung der Beratungs- und Untersuchungsräume ist dem GSR sehr wichtig, daher wird eine entsprechende Umsetzungsstrategie erarbeitet. Für eine effektivere Belegung der Räumlichkeiten der Abteilung Schuleingangsuntersuchung wurde mit dem örtlichen Personalrat bereits eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit geschlossen. Genauso ist eine Reduzierung bezüglich der Nebenstandorte auf den Friedhöfen nicht möglich, da es sich hierbei überwiegend um Sozialräume und Büros mit Parteiverkehr handelt. Weiterhin verfügt das GSR über Lager- und Registraturflächen in der

Schwanthalerstraße 69 und in der Bayerstraße 28a. Da die Akten (Heilpraktiker*innen Zertifikate, Aufbewahrungsfrist 100 Jahre; Patientenakten) in Papier vorzuhalten sind, können die genannten Archivflächen derzeit nicht reduziert werden. Hier kann erst mit der Umsetzung der digitalen Patientenakte eine Einsparung erzielt werden.

Feste Arbeitsplätze sind an geeigneter Stelle durch Desk Sharing zu ersetzen. Dies gilt wiederum nur für den Verwaltungsbereich und nicht für die Untersuchungs- und Beratungsräume des GSR.

Insgesamt wird das GSR durch die dargestellte Strategie eine Einsparung von 30 % der Büroflächen bis 2025 erzielen. Mit Sitzungsvorlage Nr. 20 26 / V 08328 vom 17.05.23 hat das Kommunalreferat eine Übererfüllung der festgelegten Einsparungsquote in Höhe von 15 % der Flächen durch das GSR bereits festgestellt. Aufgrund dessen können dem GSR sogenannte Managementleistungen zur Verfügung gestellt werden.

b) Arbeitsplatzstrategie

Durch offene Büroraumstrukturen können erhebliche Flächeneinsparungen bewirkt werden und durch Desk Sharing mehr Mitarbeitende an einem Standort untergebracht werden. Die Umsetzung eines aktivitätsbasierten Multispace ist dabei für das GSR nicht möglich, ohne erhebliche Aufwände durch Umbauten zu verursachen. Dies ist aus Sicht des GSR nicht zielführend und würde den Haushalt der LHM unnötig belasten. Aufgrund des heterogenen Aufgabenspektrums des GSR sollen jedoch in den bestehenden Zellenbüros aktivitätsbasierte Arbeitsplätze und Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, die zu den jeweiligen Tätigkeiten und Arbeitsweisen der Mitarbeitenden passen. Eine feste Arbeitsplatzzuordnung soll wegen sinkender Anwesenheit am Arbeitsplatz aufgegeben werden und stattdessen eine flexible Arbeitsumgebung geschaffen werden. Die Gesundheit am Arbeitsplatz soll bei der Umsetzung des Konzepts im Fokus stehen. Konkret sollen Büroraumstrukturen für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten entwickelt werden:

- für konzentriertes Arbeiten sollen Fokusräume geschaffen werden
- Besprechungsräume unterschiedlicher Raumgrößen sollen über eine entsprechende IT-Ausstattung auch hybrides Arbeiten sicherstellen
- für gemeinsames Arbeiten sollen Kollaborationsflächen in unterschiedlicher Gestaltung je nach den Bedürfnissen des Teams eingerichtet werden
- Bereiche mit einer Standardausstattung können flexibel für jede Tätigkeit genutzt werden.
- zur Stärkung der Gemeinschaft werden Bereiche mit Teeküchen, Lounges, Garten, etc. geschaffen, an denen über WLAN gearbeitet werden kann und somit zusätzliche Arbeitsgelegenheiten entstehen.

Die Referatsleitung und das Büro der Referatsleitung des Gesundheitsreferats hat ab Anfang August diesen Jahres begonnen aktivitätsbasiert in Zellenbüros zu arbeiten. Dazu wurden die vorhandenen, von der Referatsleitung belegten Räumlichkeiten neu aufgeteilt. Fast überwiegend wurden vorhandene Möbel neu arrangiert, einige Möbelstücke wurden aus dem Budget des GSR neu beschafft, um eine sinnvolle Arbeitsumgebung herstellen zu können (bspw. sogenannte Telefonboxen). Die ersten Erfahrungen der Referatsleitung und der Mitarbeitenden des Büro der Referatsleitung sind gut.

c) Homeoffice-Strategie

Das GSR schließt sich der stadtweiten Homeoffice – Strategie an. Gesonderte Regelungen werden nicht getroffen.

d) Digitalisierungsstrategie

Verbesserte technische Voraussetzungen verstehen sich als Erfolgsbedingungen für die Umsetzung neuer Bürokonzepte und die Weiterführung von mobilem und hybridem Arbeiten. Maßgeblich hierfür ist, dass eine einheitliche Standardausstattung geschaffen wird, durch die die Mitarbeitenden an jedem Arbeitsplatz arbeiten können. Das GSR verfolgt dabei eine umfassende Digitalisierungsstrategie, die die Mobilität der Mitarbeitenden fördert. Die Arbeitsplätze im GSR wurden durch it@m mittlerweile vollständig mit Daisy Chain Monitoren ausgestattet, außerdem ist es seit Februar dieses Jahres möglich standardmäßig eine kabellose Tastatur und Maus zu bekommen und somit die Hardware zu personalisieren.

Um eine gute Belegung zu gewährleisten, ist ein elektronisches Raumbuchungssystem sinnvoll. Seit Januar dieses Jahres nutzt das GSR in der Geschäftsleitung das von it@m beschaffte Arbeitsplatzbuchungssystem sehr erfolgreich. Das Arbeitsplatzbuchungssystem kann bei Bedarf sofort von allen anderen Bereichen genutzt werden und steht stadtwweit zur Verfügung. Die Fachadministrationsaufgaben, die dabei im GSR neu entstehen, werden von vorhandenem Personal des GSR übernommen. Um die Gebäude effizient verwalten zu können, braucht es aus Sicht des GSR auch ein geeignetes computer-aided-facility-management (CAFM) System. Über die genaue Ausgestaltung eines CAFM wird derzeit noch entschieden. Auch Voice over IP soll schnellstmöglich im GSR eingeführt werden. In einigen kleineren Standorten wurde VoIP im 2. Quartal dieses Jahres bereits erfolgreich ausgerollt, die Bayerstraße 28a folgt als erster großer Standort des GSR im 3. Quartal. Die Umstellung betrifft an dieser Stelle auch das RKU. Darüber hinaus wird ab 2024 die eAkte eingeführt und an der Einführung der Telematikinfrastruktur (Plattform für Gesundheitsanwendungen) wird bereits gearbeitet. Auch hier sind im 2. Halbjahr 2024 Ergebnisse zu erwarten.

3. Zusammenfassung

Das GSR hat eine neue Standortstrategie entwickelt, um unter Beachtung der oben genannten Stadtratsbeschlüsse das Einsparungsziel von 15 % der Büroarbeitsflächen zu erreichen. Wie dargestellt sind einige Voraussetzungen für die Umsetzung nötig, die derzeit bereits eingeführt und erarbeitet werden.

Im Hinblick auf die Umgestaltung der Büros zu aktivitätsbasierten Arbeitsplätzen/-gelegenheiten ist an manchen Stellen eine neue oder ergänzende Ausstattung der Büroräume erforderlich. Hierfür ergibt sich ein Bedarf unter anderem an höhenverstellbaren, elektrischen Schreibtischen, Akustik-Trennwänden, Wandpaneelen, verschiedenen Sitzgelegenheiten und Raum-In-Raum-Systemen. Für die Planung der neuen Bürowelten ist die Beauftragung eines Fachplaners nötig. Die Maßnahmen betreffen in den obengenannten Standorten 580 Arbeitsplätze in 350 Büros und belaufen sich bis 2026 auf insgesamt 185.967 €. Demgegenüber stehen ab 2026 dauerhafte Einsparungen wg. der Aufgabe der obengenannten Standorte in Höhe von 579.464,40 € pro Jahr.

Für die Umsetzung von Desk Sharing sind Optimierungen der IT-Ausstattung erforderlich. Neben der Einrichtung mit Daisy-Chain Bildschirmen und der Einführung von Voice-over-IP bedarf es auch eines elektronischen Raumbuchungssystems. Um Homeoffice und in diesem Zuge auch hybrides Arbeiten dauerhaft zu ermöglichen, entsteht ein Bedarf an einer entsprechenden Ausstattung, auch der Besprechungsräume, für virtuelles Zusammenarbeiten. Hier ist das GSR bereits seit längerem in der Umsetzung und in Abstimmung mit it@m. Durch die Unterstützung von it@m konnten bereits der überwiegende Teil der Besprechungsräume mit Video-Konferenzsystem ausgestattet werden. Flächendeckendes WLAN ist ebenso Voraussetzung für die Einführung aktivitätsbasierten Arbeitsplätzen. Auch hier ist das GSR in Abstimmung mit it@m.

Neben den technischen und räumlichen Voraussetzungen gilt es auch die Mitarbeitenden

aktiv zu beteiligen, um Akzeptanz zu schaffen und die Umsetzung der Standortstrategie gelingen zu lassen. Das GSR hat bereits 2022 eine Projektgruppe gegründet. Die Projektgruppe wird derzeit von der Geschäftsleitung geleitet, consult.in.M. begleitet das Projekt engmaschig hinsichtlich der Kommunikation und Partizipation der Mitarbeitenden des GSR. Neben Infoveranstaltungen und Workshops gibt es einen Arbeitsraum im Intranet, in dem die aktuellen Entwicklungen transparent dargestellt werden. Hier entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Erfreulicherweise haben sogenannte Multiplikatoren*innengruppen die Beplanung der Flächen bereits abgeschlossen, sodass mit der Umsetzung nun bereits sukzessive begonnen werden kann.

Nach Auszug von GVO 21 (Schuleingangsuntersuchung) und GVO 22 (Seelische Gesundheit für Kinder und Jugendliche) Mitte 2025 in die Hackenstraße 12, können die erarbeiteten Umsetzungskonzepte vollständig implementiert werden.

4. Stellenbedarf

Mit der Beschlussvorlage ergeben sich keine neuen Stellen. Daher besteht kein neuer Stellenbedarf.

5. Finanzierung und Umsetzung im Haushalt

Die Finanzierung der Umsetzung aktivitätsbasierte Arbeitsplätze erfolgt durch die dauerhaften Haushaltseinsparungen im Bereich der Mietkosten. Dem GSR werden die benötigten finanziellen Mittel, auf Basis der im Grundsatzbeschluss des KOM Nr. 20-26 / V 04641 vom 20.10.2021 dargestellten Berechnung der sogenannten Managementleistung im Jahr 2025 und 2026, auf dem Büroweg durch die SKA zur Verfügung gestellt.

6. Klimaprüfung

Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben

- Einsparung von Arbeitsplätzen und Bürofläche führt zu höherer Home-Office-Quote
- Durchschnittlich werden in Deutschland pro zusätzlichen Home-Office-Tag pro Woche aufgrund Reduzierung des Pendelverkehrsaufkommens 0,19 t CO₂-äq pro Jahr und Arbeitnehmer eingespart
- Kurzfristige Emissionen durch Umgestaltung der Arbeitsplätze werden langfristig kompensiert

Im Rahmen der stadtweiten Abstimmung war das RKU eingebunden (Anlage 1).

7. Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten

Die Beschlussvorlage wurde mit der Stadtkämmerei abgestimmt. Die Stadtkämmerei erhebt keine Einwände gegen die Beschlussvorlage. Die Stellungnahme ist als Anlage 2 beigefügt.

Das Kommunalreferat stimmt der Beschlussvorlage zu. Die Stellungnahme ist als Anlage 3 beigefügt.

Das Referat für Klima- und Umweltschutz stimmt der Beschlussvorlage zu.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Eine rechtzeitige Zuleitung der Vorlage an die Gremiumsmitglieder nach Nr. 5.6.2 Abs. 1 der AGAM war aufgrund umfangreicher Abstimmungsarbeiten mit den betroffenen Fachreferaten nicht möglich. Die Behandlung im heutigen Ausschuss ist jedoch erforderlich, da das GSR mit der Umsetzung und Einführung von aktivitätsbasierten Arbeitsplätzen zeitnah beginnen möchte.

Der Korreferent des Gesundheitsreferats, Herr Stadtrat Stefan Jagel, das Kommunalreferat, das Referat für Klima- und Umweltschutz sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Das Gesundheitsreferat wird beauftragt, die Maßnahmen zur Umgestaltung der Büros in den Jahren 2024 – 2026 in den Standorten Bayerstraße 28a und Schwanthalerstraße 69 durchzuführen. Die Finanzierung der erforderlichen Mittel erfolgt aus der Einsparung von Miet- und Mietnebenkosten.
2. Erforderliche finanzielle Mittel werden für das jeweilige Haushaltsjahr über den Büroweg bereitgestellt. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit der SKA.
3. Das Produktkostenbudget des GSR erhöht sich wie im Büroweg beantragt im jeweiligen Haushaltsjahr.
4. Gegebenenfalls erforderliche Investitionen werden aus dem Referatsbudget finanziert.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek
berufsmäßige Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt**
z. K.

V. Wv. Gesundheitsreferat, Beschlusswesen GSR-BdR-SB

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Gesundheitsreferat GSR-GL
An das Kommunalreferat
z. K.

Am